

Foto: Daniel Ospelt



Vizepräsidentin Ulrike C. Garber, Präsidentin Ruth Kranz-Candrian, Beisitzer Johannes Jehle, Beisitzer und Geschäftsführer Stefan Rüdisser informieren an der Pressekonferenz der Ärztekammer.

Ärzttekammer warnt vor neuem Ungemach

Die **Plenarversammlung der Ärztekammer** beschloss, die Verordnung der Regierung gutzuheissen, warnt aber vor noch zu lösenden Problemen. Text: Michael Winkler

Der seit Monaten andauernde OKP-Streit zwischen Regierung und Ärztekammer soll nun endlich beigelegt werden. Der zwischen Kammervorstand und Regierungsvertretern ausgearbeitete Entwurf der Krankenversicherungsverordnung (KVV) mit Stand 10. Januar wurde von der Plenarversammlung zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Plenarversammlung hat beschlossen, dass die Ärzteschaft wieder in die OKP eintreten wird, sobald die Regierung die KVV in der Fassung vom 10. Januar erlassen hat.

Ebenso hat die Plenarversammlung beschlossen, Tarmed bei einem Wiedereintritt in die OKP rückwirkend auf 1. Januar 2017 anzuwenden. Bis zur Entscheidung der Regierung, die nun innert nützlicher Frist erwartet wird, werden die Rechnungen in den Praxen zurückgehalten. Eine direkte Abrechnung mit den Krankenkassen erfolgt nach Erlass der KVV in der Fassung vom 10. Januar und dem damit verbundenen Wiedereintritt in die OKP.

Vertrauen angekratzt

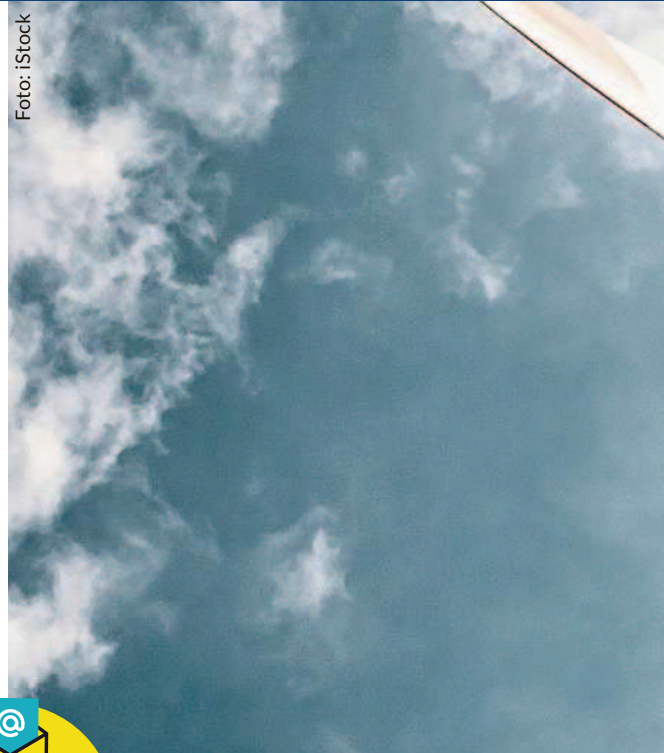
Die Ärztekammer nahm an der Medienkonferenz einige Richtigstellungen vor und warf damit Regierungschef Adrian Hasler bzw. Gesellschafts-

minister Mauro Pedrazzini einige Verständnisprobleme und bewusste Streuung von Fehlinformationen vor.

Lösungen für Tarmed im psychiatrischen Bereich nötig

Die Plenarversammlung wagte auch einen Ausblick: Es sei offensichtlich, dass im Gesundheitswesen noch viele Probleme bestehen, welche zeitnah mit grossem Engagement anzugehen sind. Vordergründig ist dies die sofortige Verbesserung der psychiatrischen Versorgung. «Die Implementierung von Tarmed kann nur durch die Einbettung in entsprechende Rahmenbedingungen wirksam erfolgen», erklärt die Kammer in ihrer Medienmitteilung. Im Bereich der Psychiatrie sei die Implementierung von Tarmed aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen in Liechtenstein und der Schweiz mit negativen Konsequenzen verbunden. Hier seien die Akteure des Gesundheitswesens gefordert, umgehend Lösungen zu erarbeiten, welche eine vollumfängliche und systemtaugliche Einbettung von Tarmed ermöglichen. «Andernfalls ist die (sozial-)psychiatrische Versorgung in Kürze nicht mehr gesichert. Die Ärztekammer wird umgehend mit Lösungsvorschlägen an die Verantwortlichen herantreten.»

Foto: iStock



Helmut Büchel
Stv. Landtagsabgeordneter FDP

Die zwei geplanten Windräder würden einen massiven und praktisch dauernden Eingriff in unser Landschafts- und Ortsbild in und um Balzers darstellen. Wir haben nur diese eine Landschaft. Für die Errichtung dieser Anlage müssen ca. 10 000 m² Wald geopfert werden. Niemand kann garantieren, dass durch diese Windräder kein Brand ausgelöst werden könnte. Wir sind seit dem Waldbrand von 1985 auf And «gebrannte Kinder» und wollen uns nicht erneut einem Brandrisiko aussetzen. Die Gesundheitsrisiken durch die Verbrennung von Infraschall durch Windräder werden verniedlicht. Viele Hinweise und Forschungsarbeiten deuten darauf hin, dass gesundheitliche Schäden möglich sind. Deshalb ist die Behauptung falsch, es gebe erwiesenermassen keine Gesundheitsgefährdung. Es gibt keinen «Balzner Strom», wie die Planungsgruppe immer behauptet. Der Strom fliesst via das Umspannwerk in Balzers in das allgemeine Stromnetz und nicht direkt in die Steckdosen der Balzner Haushalte. Wirtschaftlich betrachtet hat die Bevölkerung von Balzers praktisch alle Nachteile, aber in finanzieller Hinsicht keine Vorteile. Abgaben und Steuern fließen in die Schweiz. Bis heute liegen keine Zusagen für die KEV (Kostenneutrale Einspeisevergütung) durch die Schweizer Behörden vor. Mit unrealistischen Renditen von 7-10 Prozent werden Interessenten für den Erwerb von Anteilscheinen geködert. Immer deutlicher wird, dass das Geldverdienen in den Vordergrund gerückt wird, zu Lasten aller Risiken.